

Rede von Bürgermeister Dieter Freytag zum Schweigegang am Donnerstag, 9. November 2023

Liebe Brühlerinnen und Brühler,

auch in diesem Jahr versammeln wir uns am 9. November, um der Opfer des Nazi-Terrors zu gedenken. Wir rufen in dieser Stunde die Namen der deportierten und ermordeten Brühlerinnen und Brühler in Erinnerung.

Unser Gedenken findet in diesem Jahr unter dem grauenvollen Eindruck des Terror-Angriffs der Hamas auf Israel statt, der am 7. Oktober seinen Ausgang nahm. Wehrlose Kinder, Frauen und Männer wurden umgebracht, Menschen auf bestialische Weise misshandelt und in Geiselhaft genommen. Für diesen Terror gibt es keine Rechtfertigung. Ich verurteile diesen Terror ohne Wenn und Aber. Ich bin entsetzt über die Brutalität und das Ausmaß der Gewalt und über den Hass. Mit vielen in unserem Land trauere ich über die vielen Toten und Verletzten, die Opfer der Entfesselung der Gewalt.

In Deutschland sind Stimmen zu hören, die fordern, es müsse endlich Schluss sein mit diesem Gedenken und Erinnern. Dieses diene nur der deutschen Gefühlslage eines historisch schlechten Gewissens. Hier ist energisch zu widersprechen!

Das Erinnern und das Gedenken an die Opfer der Nazi-Diktatur dienen keineswegs der Beruhigung eines „notorisch schlechten Gewissens“, sondern im Gegenteil, sie dienen dem Wachhalten des Gewissens und des Verantwortungsbewusstseins für die Demokratie, die Freiheit und die Rechte aller Menschen. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung und Warnung. Wir dürfen Populisten und Schreihälsen keinen Raum geben. Rechtspopulismus und Faschismus haben sich immer gegen Vielfalt und gegen Minderheiten gerichtet. Weil man die Nationalsozialisten verharmloste und nicht ernst nahm, wurde das schrecklichste Menschheitsverbrechen möglich.

Mit der Machtergreifung 1933 vor 90 Jahren begannen die Nazis, ihre Politik des Schreckens und ihren totalitären Machtanspruch konsequent umzusetzen, so wie es diese im Vorfeld propagiert hatten. Sie schalteten systematisch politische Gegner aus und übernahmen die Macht in den Rathäusern – auch in Brühl! Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte folgten umgehend, Repressalien gegen Juden nahmen von Tag zu Tag zu, sie wurden zunehmend ausgegrenzt. In Brühl war zum Beispiel im Schlosspark ein Schild angebracht „Juden ist der Zutritt verboten“. All dies erfolgte nicht klammheimlich, sondern öffentlich wahrnehmbar. Die Angst, die Not und das Leiden der jüdischen Bevölkerung wuchsen von Woche zu Woche.

Im gleichen Jahr 1933, hundert Tage nach der Machtergreifung, ordneten die neuen Machthaber eine Verbrennung von Büchern an als Höhepunkt ihrer Kampagne „Wider den undeutschen Geist“. Bücher jüdischer Schriftsteller wurden ebenso wie solche von anderen als „undeutsch“ bezeichneten Autorinnen und Autoren ins Feuer geworfen, darunter Werke von Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, von Heinrich Mann und Erich Kästner, von Karl Marx und Sigmund Freud. Studenten, Rektoren und Professoren – Personen, die sich als Elite des Volkes der „Dichter und Denker“ verstanden – skandierten diffamierende Parolen und warfen Bücher ins Feuer.

Es stimmt nicht, dass keiner etwas von den Gräueln und Vorhaben der Nazis gewusst habe. Die Bücherverbrennung fand öffentlich auf Plätzen in mindestens 18 Universitätsstädten statt, begleitet von Tausenden johlender Studenten. Das Ausmerzen der als „undeutsch“ titulierten Bücher führte konsequent zur Ausmerzung von Menschen.

Erich Kästner hatte recht, als er 1958 erklärte: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist.“ Diese Worte Kästners sind uns auch mit Blick auf heute eine Mahnung.

Zu viele hatten sich in kurzer Zeit an die Diskriminierung eines Teils der eigenen Bevölkerung, der Jüdinnen und Juden gewöhnt, an Maßnahmen der Ausgrenzung, die in der Vernichtung endeten. Die Errichtung von KZs, die Deportation von Jüdinnen und Juden sowie anderer als „minderwertige Elemente“ herabgewürdigter Mitbürgerinnen und Mitbürger war kein „Betriebsunfall“, sondern eiskalt geplant und mit brutaler Präzision durchgeführt. Der Terror „ereignete“ sich nicht, er wurde betrieben und gefördert von Menschen aus der Mitte der Gesellschaft.

Wer sich die menschenverachtende Vernichtungsmaschinerie der Nazis ins Gedächtnis ruft, fragt nicht nur nach der Vergangenheit, sondern nimmt auch die Gegenwart in den Blick und die Gefährdungen der Demokratie heute.

Auch heute werden rechte und rechtsextremistische Einstellungen offen oder hinter vorgehaltener Hand, in Schriften und im Internet verbreitet und finden Zustimmung. Seien wir uns darüber im Klaren: Rechtsextreme und Rechtspopulisten zerstören die Demokratie, auch wenn sie sich in Parlamenten als staatstragend anbieten.

Auch in Brühl ist eine rechte Gesinnung anzutreffen. Sie zeigt sich unter anderem im Beschmieren von Stolpersteinen, der Verunstaltung unserer Gedenkstätten an der Synagoge oder in der Wallstraße für die Schwestern Brünell. Diese darin zum Ausdruck gebrachte Verunglimpfung von Opfern des NS-Terrors dürfen und werden wir nicht dulden! Ausdruck rechtsradikaler Gesinnung ist ebenso das Anbringen von antidemokratischen und antisemitischen Aufklebern in Brühl. Immer wieder neu werden diese widerlichen Parolen im öffentlichen Raum angebracht. Es ist eindeutig: Hier wird Hetze betrieben und nicht eine freie Meinung geäußert.

Die Wurzeln des wachsenden Einflusses von rechtspopulistischen Kräften liegt auch in der Gleichgültigkeit von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Demokratie, gegenüber demokratischen Werten und letztendlich der Freiheit. Die neue Mitte-Studie 2022/2023 kommt zu dem alarmierenden Ergebnis, dass ein Teil der Mitte unserer Gesellschaft sich von der Demokratie distanziert. Wörtlich heißt es: „Extrem rechte Narrative über die multiplen Krisen, vermeintliche Erklärungen und vereinfachende Lösungen dringen immer weiter in die Mitte vor, ihre Abgrenzung nach rechts wird durchlässig“. Das muss uns aufrütteln!

Die Missachtung und Zerstörung der Demokratie führte seit der Machtergreifung zur systematischen Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden, 1938 zur Zerstörung der Synagogen, zur Deportation und in der Folge zur Vernichtung von 6 Mio. Jüdinnen und Juden, darunter 65 Bürgerinnen und Bürger aus Brühl. Bleiben wir wachsam und wi-

dersetzen uns Antisemitismus wie jeder Verachtung und Ausgrenzung von Menschen – in welcher Weise diese uns auch immer begegnen, ob auf Plätzen und Straßen, in Schulen oder am Arbeitsplatz oder wo auch immer.

Wir sind hier zusammengekommen, weil wir Nein sagen zu jeder Form der Judenfeindschaft – als Diskriminierung jüdischer Bürgerinnen und Bürger, als Übergriffe auf Jüdinnen und Juden, als Leugnung der Shoah oder auch als israelbezogenen Antisemitismus. Unser Nein muss deutlich, laut und unüberhörbar sein!

Es ist unerträglich, dass in diesen Wochen der Terrorangriff der Hamas auf Israel bejubelt wird und auf Straßen und Plätzen Drohungen gegen Israel und Jüdinnen und Juden lautstark skandiert werden. Es ist unerträglich, dass israelische Fahnen verbrannt werden. Es ist beschämend, dass der Polizeischutz vor Synagogen verstärkt werden muss. Es ist unerträglich, dass 2023 ein Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin verübt wurde, dass Häuser, in den Jüdinnen und Juden wohnen, mit einem Davidstern markiert werden. Wieder einmal haben Jüdinnen und Juden große Angst in Deutschland. Unsere Solidarität gilt allen Jüdinnen und Juden – in unserem Land und weltweit. Das Gedenken an die Opfer des NS-Terrors verpflichtet uns zu dieser Solidarität.

Ich bin froh, dass es in Brühl wie im gesamten Land eine große Koalition von demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen sowie von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen gibt, die Nein zum Hass auf Juden, die Nein zum Antisemitismus sagen.

Ich bin froh, dass viele junge Menschen, zahlreiche Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern hier Präsenz zeigen und damit ihr Nein zum Antisemitismus zum Ausdruck bringen. Ich bin dankbar für Euer Engagement gegen Antisemitismus im Alltag.

Ich denke an Margot Friedländer, 102-jährige Überlebende des Holocaust. Ihre Mutter, ihr Bruder, weitere Verwandte, viele Freundinnen und Freunde wurden ermordet. Sie selbst konnte zunächst untertauchen, sie wurde aber im Frühjahr 1944 ins Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt. Nach dem Kriegsende wanderte sie in die USA aus. Im Alter von 88 Jahren kehrte sie 2010 nach Berlin zurück – und blieb in Deutschland. Margot Friedländer hat anlässlich ihres 100. Geburtstages gesagt: *„Bleibt vorsichtig. Achtet darauf, dass so etwas nie wieder passiert. Und zwar nicht für mich, sondern für euch.“*

In diesem Sinne ist unser Einsatz gegen Judenfeindschaft und Hass im Alltäglichen gefordert, nicht nur an Gedenktagen. Das ist die Mahnung der Erinnerung an die 65 ermordeten Brühlerinnen und Brühler und aller Opfer des NS-Terrors.

Bleiben wir wachsam und engagiert! Nie wieder ist jetzt!

Quellen der Zitate:

Erich Kästner, Rede bei der Tagung des PEN Deutschland 1958 in Hamburg anlässlich des 25. Jahrestages der Bücherverbrennung.

Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros: Die distanzierte Mitte.

Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023.

